

Verabschiedet am 6. Juli 2020 durch den Parteivorstand der FDP.Die Liberalen

# COVID-19: Krisenresistente aussenpolitische Rahmenbedingungen garantieren

## Gemeinsam weiterkommen

---

Das Coronavirus hat in kurzer Zeit die ganze Welt erfasst. Entsprechend der globalen Ausbreitung des Virus werden auch die politischen Folgen weltweit spürbar sein. Es ist zu befürchten, dass sich nationale Alleingänge und protektionistische Massnahmen im Zuge der Corona-Krise verstärken werden. Gerade in aussenwirtschaftspolitischer Hinsicht ist die Schweiz als stark exportorientierter Staat mit kleinem Binnenmarkt auch in Zukunft auf offene Märkte und gute internationale Rahmenbedingungen angewiesen. Die Krise hat gezeigt, dass die internationalen Liefer- und Produktionsketten auch in Extremsituationen mehrheitlich gut funktioniert haben. In einer arbeitsteiligen Welt mit global diversifizierten Liefer- und Produktionsketten würde eine Politik der Abschottung die Versorgungssicherheit nicht erhöhen, sondern gefährden. Internationale Kooperation ist auch in Fragen der Gesundheit und bei der Bewältigung der Folgen der Corona-Krise gefordert. Die entsprechenden Akzente sind auf multilateraler Ebene und im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit zu setzen.

### 1. Herausforderungen

- › Während der ausserordentlichen Lage der Corona-Krise funktionierten die Märkte und Lieferketten grösstenteils gut. Allerdings kam es bei gewissen, stark nachgefragten Gütern zu Lieferengpässen.
- › Zu Beginn der Krise haben gewisse Länder reflexartig Exportrestriktionen für medizinische Güter eingeführt.
- › Die Lockdown-Massnahmen führen weltweit zu starken Konjunkturinbrüchen, insbesondere bei wichtigen Handelspartnern der Schweiz (z.B. Italien). Es ist mit einer sinkenden Nachfrage nach Schweizer Gütern in diesen Märkten zu rechnen.
- › Die Krise verstärkt eine Tendenz, die bereits vor Corona ihren Lauf nahm, nämlich die Abwendung von internationalen Vereinbarungen und die Zunahme protektionistischer Eingriffe. Im Ergebnis dürfte der Welthandel durch neue Handelsbarrieren erschwert werden.
- › Damit geht eine Schwächung von internationalen Organisationen (z.B. WTO) und des regelbasierten Welthandels einher. Die Schwächung des Multilateralismus trifft auch die WHO, die aufgrund ihrer zögerlichen Informationspolitik zu Beginn der Krise Kredit verspielt hat.

### 2. Bisherige Vorstösse und Erfolge der FDP

- › FDP.Die Liberalen fordert den Ausbau des Freihandelsnetzes. Sie spricht sich im Parlament konsequent für den Freihandel aus und lehnt Vorstösse, die den Freihandel beschränken wollen, ab.
- › Die FDP setzt sich für stabile bilaterale Verhältnisse und die langfristige Sicherung des Zugangs zum EU-Binnenmarkt ein. Politische Vorstösse, die den bilateralen Weg aufs Spiel setzen, lehnt sie ab (z.B.

[19.026](#)). Dank den Bilateralen ist die Schweiz Marktteilnehmerin und nicht bloss Freihandelspartnerin (siehe [16.017](#) und [13.4022](#)).

- › Dank der diplomatischen Interventionen der Schweiz und der guten Beziehungen zur EU sowie der bilateralen Verträge konnten mehrere im Ausland blockierte Lieferungen von Schutzmaterial deblockiert werden. Es ist zu prüfen, wie sich Blockaden künftig rechtlich verhindern lassen ([20.3087](#)) und wie die Interessen der Schweiz in den grenzüberschreitenden Beziehungen mit den Nachbarstaaten besser gewahrt werden können ([20.3082](#)).

### 3. Unsere mittel- & langfristigen Forderungen

- › **Exportrestriktionen und Güterblockaden entgegenwirken:** Zur Verhinderung von Exportrestriktionen ist auf bilateraler (Nachbarstaaten) und multilateraler (EU/WTO) Ebene darauf hinzuwirken, dass das Funktionieren des grenzüberschreitenden Warenaustauschs in zukünftigen Krisenfällen vertraglich abgesichert wird. Dazu sind namentlich die bestehenden Freihandelsabkommen auf die Liefersituationen in der Krise zu überprüfen und Unklarheiten zu präzisieren. Zudem sind die guten Beziehungen zur EU langfristig sicherzustellen, denn die während der Corona-Zeit blockierten Güter konnten dank der stabilen bilateralen Beziehungen deblockiert werden.
- › **Vorsorge anstatt Selbstversorgung:** Die Versuchung, den Selbstversorgungsgrad bei strategischen Gütern durch eine grossangelegte Industriepolitik erhöhen zu wollen, ist gross. Eine politisch herbeigeführte Verlagerung von Produktionsketten in die Schweiz ist aber abzulehnen. Sie ist nicht zielführend, denn die ressourcenarme Schweiz wird immer auf gewisse Importe angewiesen sein. Anstelle eines möglichst hohen Selbstversorgungsgrades braucht es gezielte Massnahmen wie die Pflichtlagerung von strategischen Gütern, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Die Pflichtlagersituation ist entsprechend zu überprüfen.
- › **Regelbasierter Aussenhandel anstatt Re-Nationalisierung:** Re-Nationalisierungstendenzen sind eine Absage zu erteilen. Die Schweiz ist als sehr offene Volkswirtschaft mit einem kleinen Binnenmarkt auf die weltweiten Märkte angewiesen. Anstatt (unrealistischer) wirtschaftlicher Autarkie braucht es krisenrestente Rahmenbedingungen im Aussenhandel. Die Schweiz setzt sich im Rahmen der WTO für offene Märkte und das Funktionieren eines regelbasierten Welthandels ein.
- › **Keine Experimente in Krisenzeiten:** Die FDP lehnt die Kündigung der Personenfreizügigkeit, die zu einem „Bilateralen-Lockdown“ führen würde, klar ab. Das Ende der Bilateralen I hätte die Wiedereinführung von einst abgebauten Handelshemmnissen zur Folge und würde die Exportwirtschaft im Allgemeinen und die für die Bewältigung der Covid-Krise zentrale Medizintechnik und Pharmaindustrie im Speziellen schädigen, was zum Verlust eines Teils dieser strategischen Industrien führen könnte. Die FDP bekennt sich generell zum bilateralen Weg und spricht sich für dessen Weiterentwicklung aus, um die wirtschaftlich wichtigen sektoriellen Marktzugangsverträge langfristig abzusichern und Rechts- und Planungssicherheit für die exportierenden Unternehmen zu schaffen.
- › **Diversifizierung des Aussenwirtschaftsnetzes:** Mit dem Abschluss neuer Freihandelsabkommen erschliessen sich der Schweizer Wirtschaft neue Märkte. Dadurch lassen sich die Abhängigkeiten von einzelnen Staaten diversifizieren. Anzustreben sind neben „klassischen“ Freihandelsabkommen auch neue Dienstleistungsabkommen, etwa mit dem Vereinigten Königreich.
- › **Stärkung der internationalen Kooperation bei Gesundheit und Forschung:** Die WHO hat in der Corona-Krise in Sachen Information nicht glücklich agiert. Es braucht eine verlässliche WHO. Besonders die ärmsten Länder mit schwachen Gesundheitsinfrastrukturen und eingeschränktem Zugang zu Gesundheitsinformationen profitieren von ihr. Die Schweiz engagiert sich für eine funktionierende WHO und ein starkes internationales Genf. Zudem setzt sie sich für eine Verbesserung des internationalen Informationsaustauschs im Gesundheitsbereich und für die internationale Forschungszusammenarbeit (v.a. Horizon) ein.
- › **Stärkung der internationalen Krisenbewältigung im Rahmen der IZA:** Die Nachfrage nach Unterstützung zur Bewältigung der Corona-Krise ist gross. Die FDP unterstützt eine Stärkung der humanitären Hilfe zur Krisenbewältigung im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit sowie im

Rahmen der Zusammenarbeit mit der UNO und den in Genf ansässigen UNO-Agenturen und dem Roten Kreuz. Die IZA ist verstärkt auf die Corona-Bewältigung und auf die Stärkung der Gesundheitswesen in Entwicklungsländern auszurichten.

Entwurf